

Uwe Wenzel

Amerikas neue Gesichter

Wie steht es um die Zukunft des in der Geschichte so erfolgreichen Melting Pots? Besonders »Latinos« gehören zu Amerikas sogenannten »Neuen Minderheiten«, um deren Integration – streckenweise auch zuwanderungsfeindlich – in der US-Gesellschaft debattiert wird.

Uwe Wenzel

(* 1963) ist Politologe und Wissenschaftlicher Referent am Studienhaus Wiesneck. Seine Themenschwerpunkte sind Wirtschaft und Staat, Ost- und Südosteuropa, Verbände und Non-Profit-Organisationen, USA, Migrations- und Integrationsforschung

uwe.wenzel@wiesneck.de



Die Wahl Barack Obamas zum ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten mit afrikanischen Wurzeln haben nicht nur viele US-Bürger als Beleg für die Vitalität des *American Dream* und die damit verbundene Verheißung eines sozialen Aufstiegs angesehen, an dem auch Angehörige von Minderheiten und Zuwanderern teilhaben können. Obama selbst hat diese Vorstellung im Verlauf seines Wahlkampfes mit dem Versprechen auf die Wiedererlangung nationaler Einheit immer wieder befeuert. Der Erfolg des schwarzen Präsidenten an der Wahlurne verschleiert allerdings in gewisser Weise die Tatsache, dass in der amerikanischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht allein die tradierte Dichotomie zwischen »schwarz« und »weiß« virulent bleibt, sondern vielmehr eine Vielzahl »rassisch« oder »ethnisch« definierter Gruppen – durchaus auch in Konkurrenz zueinander – um Anerkennung und Aufstieg ringen. Prägende Kräfte sind dabei die Migranten aus Süd- und Mittelamerika und aus Asien. Deren Präsenz treibt nicht anders als die vergangenen Zuwanderungswellen den gesellschaftlichen Wandel voran, allerdings offenbaren sich dabei neuartige Aus- und Abgrenzungstendenzen, die den Zusam-

menhalt der Nation auf eine harte Probe stellen. Die größte Gefahr geht dabei von einer zunehmend einwanderungskritischen Mehrheit der US-Bevölkerung aus.

Die unter liberalen Vorzeichen in der Mitte der 60er Jahre begonnene Neuformulierung der Einwanderungs- und Asylpolitik hat den USA – wiewohl nicht unmittelbar intendiert – einen drastischen Anstieg und eine Diversifizierung der Zuwanderung beschert. Hinter dem Schlagwort von der »Lateinamerikanisierung der USA« verbirgt sich eine Einwanderungswelle, die sich mittlerweile mit ihrem historisch bedeutsamsten Vorläufer an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert messen kann. So hat die Zahl der Zuwanderer aus der spanischsprachigen Welt und ihrer Nachkommen in diesem Jahr die 50-Millionenmarke übertroffen. 16 % der in den USA lebenden Menschen haben ihre Wurzeln in Lateinamerika oder in Spanien, wobei die Zahl der Migranten aus dem benachbarten Mexiko mit einem Anteil von gut 65 % deutlich überwiegt. Hinzu kommen geschätzte 10-12 Millionen Zuwanderer, die ohne einen legalen Aufenthaltsstatus in den USA leben. Setzt sich diese Entwicklung fort – und dafür spricht nicht zuletzt die wirtschaftlich desolate Lage in vielen Herkunftsstaaten – dürften die *Latinos* um das Jahr 2060 ein Viertel der US-Bevölkerung ausmachen. In Verbindung mit der nicht minder rasanten Zuwanderung aus Asien (15 Millionen *Asian Americans*, 5 % der Gesamtbevölkerung) ändert sich das Gesicht Amerikas damit markant.

Traum und Alltag

Ihren individuellen *sueño americano* (amerikanischen Traum) konnten sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Angehörige insbesondere der zweiten und dritten Einwanderergeneration erfüllen. Prominentestes Beispiel ist die vor gut einem Jahr in das Amt der Obersten Bundesrichterin berufene Sonia Sotomayor, selbst Abkömmling puertoricanischer Einwanderer, die – aus ärmsten Verhältnissen stammend – mit Energie und mittels der Unterstützung staatlicher Förderprogramme zur politisch bedeutendsten Latina in den USA aufgestiegen ist. Neben Sotomayor besetzen Latinos aktuell Kabinettsposten in der Obama-Administration (Ken Salazar als Innenminister und Hilda L. Solis als Arbeitsministerin), sind im Senat (1) und im Repräsentantenhaus (26) vertreten und stellen auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene hochrangige Vertreter. Bereits unter Obamas Amtsvorgänger waren Angehörige der beiden großen Zuwanderungsminderheiten vermehrt in höchste Regierungsämter vorgerückt. Anders als schwarze Amerikaner, die diesen Weg bereits seit den 70er Jahren eingeschlagen hatten, haben Latinos dabei bisher keine dezidierte Minderheitenagenda vorangetrieben. Als Vorbild für die eigene Minderheitengruppe hat sich überdies kein Kandidat in den Vordergrund gespielt. Aber immerhin sind Latinos wie auch asiatische Zuwanderer heute neben der Politik auch in vergleichbarer Weise in allen Bereichen von Wirtschaft, Kultur oder Wissenschaft vertreten. Dies geht sogar soweit, dass sie in einem ur-amerikanischen Spiel wie dem Baseball aktuell 30 % der Profispieler stellen.

Dem Erfolg einzelner Latinos zum Trotz haftet der Minderheit in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit weiterhin das Bild des sozialen Misserfolgs an. Latinos werden zumeist allein in ihrer Rolle als Hausmädchen oder Gärtner, als

Schulabbrecher oder Gang-Mitglied wahrgenommen. Die großen amerikanischen Medien tun ein Übriges, dieses plakative Narrativ immer wieder zu bedienen. So falsch dieses pauschale Bild der Minderheit ist, so bescheiden bleiben bisher doch die ökonomischen Erfolge einer breiten Mehrheit der Latinos. Ihr Weg in den Mainstream der US-Gesellschaft bleibt durch zahlreiche Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet. Neuesten Untersuchungen des *Pew Hispanic Center* zufolge besetzen Angehörige der Minderheit in Hinsicht auf wesentliche sozioökonomische Indikatoren (Bildungsabschlüsse, Haushaltseinkommen, Armutsquote) weiterhin die hintersten Plätze. Obwohl dies im historischen Vergleich mit anderen Zuwanderergruppen für die erste Generation der Migranten keineswegs verwunderlich ist, so zeigt sich doch heute, dass die Angehörigen der dritten und weiterer Latino-Generationen in den USA anscheinend nicht die historisch erprobten Pfade einschlagen. Nachdem die zweite Generation beispielsweise mit Blick auf die Schulabbrecherquoten oder die Armutsrate deutliche Erfolge gegenüber ihren Eltern verbuchen konnte, fallen deren Nachkommen nun in allen diesen Bereichen wieder zurück. Verstärkt wird dieser Trend noch durch die aktuell schwierige Wirtschaftslage der USA, von deren Auswirkungen alle Zuwanderungsminderheiten überproportional stark betroffen sind. Dabei offenbaren sich auch innerhalb der Gruppe der Latinos signifikante Unterschiede. So schneiden die Zuwanderer aus Mexiko und Puerto Rico hinsichtlich ihrer ökonomischen Erfolge durchweg schlechter ab als die besonders in Florida sehr erfolgreich und einflussreichen kubanischstämmigen Amerikaner.

Der mangelnde wirtschaftliche Erfolg der jüngsten Zuwanderer wird häufig als eine der Ursachen für deren beschränkten Einfluss in der amerikanischen Politik gesehen. Bereits seit dem Beginn der 80er

Jahre begleitet das Bild des *sleeping giant* die Zuwanderung von Latinos in die USA, verbunden mit der Erwartung, dass die Minderheit ihre numerische bald auch in politische Stärke umsetzen werde. Und so fokussieren sich die Wahlanalysten und Politikberater anlässlich der Kongress- und Präsidentschaftswahlen auf diese Minderheit, die doch in vielen Wahlbezirken längst eine (numerische) Mehrheit bildet. Bisher zeigt sich allerdings, dass Latinos keineswegs entsprechend ihrer Bevölkerungszahl an Wahlen partizipieren (7,4 % 2008). Obwohl insbesondere in den vergangenen drei Präsidentschaftswahlen ein signifikanter Anstieg der Wahlbeteiligung von Latinos festzustellen ist, bleibt der Abstand zu den übrigen Wählergruppen deutlich (12,1 % bei den Afroamerikanern). Überdies ist dieser Trend noch sehr fragil, brachten die vergangenen Wahlkämpfe doch eine besondere inhaltliche und über die Person Obama auch eine personelle Mobilisierung mit sich, die sich nicht ohne weiteres wiederholen wird. Bereits für die anstehenden Kongresswahlen muss man davon ausgehen, dass Latinos angesichts ihrer enttäuschten Erwartungen an eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung auf eine Stimmabgabe verzichten könnten.

Langfristig wirksame Erklärungen für diese elektorale Zurückhaltung sind neben der sozioökonomischen Position die hohe Zahl der nicht-wahlberechtigten Latinos (nur ein Drittel besitzt die US-Staatsbürgerschaft und nur 41 % sind volljährig) und die Komplexität des Wahlprozederes in den USA. Überdies passen sie sich den Trends der Wahlbeteiligung an. Traditionell eher demokratisch orientiert, erwiesen sich Latinos in den vergangenen Wahlgängen vermehrt als Wechselwähler, die einen wertkonservativ geneigten Kandidaten wie George W. Bush im Jahr 2004 mit 44 % der abgegebenen Stimmen unterstützten. Im Gegensatz zu den in Wahlen sehr geschlossen agierenden Afroamerika-

nern schwächt dies ihre Möglichkeiten zur Durchsetzung kollektiver Ziele erheblich.

Verblasster Mythos

Wenn schon der Einfluss der Latinos im politischen System nach wie vor begrenzt ist, so hat ihre Präsenz doch einer intensiven Debatte um das Selbstverständnis der Nation den Boden bereitet. Die massive Zuwanderung seit den 60er Jahren und die Dominanz hispanischer Migranten in zahlreichen Landesteilen hat auch in den USA die Angst vor einer »kulturellen Überfremdung« geweckt und den Mythos des wandererfreundlichen Gemeinwesens arg beschädigt. In extremer Form – aber doch intellektuell anspruchsvoller als ein Thilo Sarrazin in Deutschland – hat Samuel P. Huntington bereits 2004 die Zuwanderung und die hohe Geburtenrate der Latinos als Bedrohung für den Zusammenhalt der Nation gesehen und vor allem die mexikanischen Migranten für ihr Festhalten an der spanischen Sprache kritisiert. Dass dies keinesfalls eine Einzelmeinung darstellt, unterstreichen Umfragen aus dem Jahr 2007, in denen 70 % der befragten US-Bürger erklärten, dass Einwanderer sich nicht genug um das Erlernen der englischen Sprache bemühen und sich nicht in die amerikanische Kultur einfügen würden. Mehrheitlich fordern die US-Bürger den Ausbau der Grenzbefestigungsanlagen im Südwesten der USA. Politisch virulent werden solche Debatten beispielsweise auf der Ebene der Einzelstaaten, die mehrheitlich das Englische als einzige Amtssprache festgelegt haben. Die zunehmenden Ängste um den Verlust kultureller Eigenständigkeit manifestieren sich zudem in einem Gesetz des Staates Arizona aus dem April 2010, mit dem der illegale Aufenthalt im Staat zu einem kriminellen Akt erklärt wurde. Gegen den erklärten Widerstand vieler Bürger und noch bevor andere Bundesstaaten diesem Beispiel folgen konnten, stoppte das

Oberste Gericht des Staates Arizona im Juli die Umsetzung des Gesetzes. Mehr als 1.400 Gesetzesvorschläge dieser Art werden gegenwärtig in Einzelstaaten diskutiert.

Wie wenig das Versprechen der Freiheitsstatue auf eine freundliche Aufnahme in Amerika mit der Realität korrespondiert, mussten Einwanderer schon in der Vergangenheit erleben. Gleichwohl scheinen die Dinge heute etwas anders zu liegen. Das Phänomen der nicht-legalen Zuwanderung ist auch für die Vereinigten Staaten relativ neu und wirft auch hier Fragen auf. Bei nicht wenigen Amerikanern mag dabei das simple Rechtsempfinden und weniger ein xenophober Reflex das Motiv der Ablehnung sein. Im Ergebnis aber trägt auch dies dazu bei, dass das zuwanderungsfeindliche Klima sich dauerhaft halten könnte. Ohne Zweifel entfalten auch die Ereignisse des 11. September 2001 hier ihre Wirkung. Nicht zuletzt wird das Thema Zuwanderung zunehmend im politischen Kräftespiel zwischen ökonomisch motivierten Befürwortern und Gegnern zerrieben.

Auf Seiten der Latinos aller Generationen und Altersgruppen trägt die fortgesetzte Erfahrung sozialer Ausgrenzung dazu bei, eine emotionale Bindung an das Heimatland aufrechtzuerhalten und den Rückzug in ethnische Enklaven anzutreten.

Verstärkt wird dies zweifellos durch die geografische Nähe zum Auswanderungsland und die modernen Kommunikationsmittel, die eine enge Verbindung zu Familie und Freunden ermöglichen. Sozialer Aufstieg und gesellschaftliches Miteinander werden so eher nicht befördert.

Aus europäischer Perspektive mag die amerikanische Gesellschaft heute etwas »normaler« erscheinen als in den Jahrzehnten zuvor. Gerade der Umgang mit den als »illegal« titulierten Zuwanderern zeigt, dass die USA kein Vorbild für uns abgeben, als welches sie bei der Gestaltung der legalen Zuwanderung nach wie vor dienen können. Die stark emotional und oft irrational geführte Debatte um Amerikas jüngste Zuwanderer dürfte jedenfalls noch einige Zeit andauern.